

Sächsische Zeitung

1914. Nr. 134.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 207.

Wagnispreis für Halle und Bernau 2.20 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr. Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich außer an Feiertagen. Druckerei: Druckerei der Sächsische Zeitung, Halle (Saale). Druckerei: Druckerei der Sächsische Zeitung, Halle (Saale).

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren für die Postbezugsstellen oder deren Raum für Halle und Bernau 2.20 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr. Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich außer an Feiertagen. Druckerei: Druckerei der Sächsische Zeitung, Halle (Saale). Druckerei: Druckerei der Sächsische Zeitung, Halle (Saale).

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 8108, 8109; Nebentelefon 8110. Geschäftsleitung Dr. Strauß-Heßing Halle (Saale).

Freitag, 20. März 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Fernruf Amt Kurirtel Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Ehrler, Halle (Saale).

Dämmert's.

Der 18. März 1848 war bislang der bürgerlichen Demokratie ein heiliger Erinnerungstag. Was irgendwo programmatisierte, was in radikalen Redaktionsstuben von Proffor und „Talent“ wegen seiner Feder zu führen hatte, damit das deutsche Volk immer wieder „aufgeklärt“ würde über den verrotteten Staat und seine entsetzlich reaktionären Mächthaber, das legte sich zum 18. März jeweils mächtig in die Brust. In schwingendsten Redaktionsbüros man den hehren Revolutionstag, den „Bölkerrühling“, der mit ihm angeheben, und flucht man den Märzgefallenen druckpöperne Nimmstränge ohne Bierz. Mancher schreibende Barde auch tummelte eigens hierzu seinen Pegasus und gab über das Grab der Barrikadenkämpfer eine Ehrenblase aus glühenden Versen ab, indem er auf „Märzen“ — das war Ehrensache — ordnungsmäßig „Geyzen“ reimte, und so . . .

Ja, das war einmal. Heute sind sie ganz still geworden in der bürgerlichen Demokratie. Dämmert's? Sat ihnen Jobern, und was folgte, die Augen geöffnet, daß sie Distanz halten — in derlei Dingen wenigstens — gegen ganz links? Es scheint so. Jedenfalls fällt es auf, daß in den radikalen Blättern an der besonders „erleuchteten“ Stelle, wo man leitendstündlich seines tiefen Wissens Quittleszen niederschreiben pflegt, nichts, so rein gar nichts von Nimmsträngen auf den 18. März zu lesen ist. Statt dessen handelt man über die Revolberoffäre der Madame Gollanz und andere nicht eben das eigene Vaterland aufregende Dinge. Der Kultus des „Märzgehtens“ ist erschütterlich im Absterben. Die Kränze, die aus ihren Reihen etwa heute noch auf den Gräbern der Märzgefallenen pietätvoll niedergelegt werden, sind die letzten Zeichen der Erinnerung. In Summa: Der Bourgeois-Demokrat hält es im Punkte Revolutionskultus und Sozialisten-Sympathie anjetzt mit seinem Dichter-Gebirg seine, der da singt: „Griß mich nicht Unter den Kindern! Man rüdt eben ab. . .“

Das ist zu schätzen. Meinen soll nun das „große“ Jahr für alle Ereignisse im Schöße der Vergangenheit ruhen? Regt sich keines Epigonen Herz und Hirn darüber mehr pathetisch auf? Doch! Wozu hätten wir denn Sozialdemokraten? Im „Vorwärts“ projekt man die Revolutionsfanone ab und richtet sie zu dröhnendem Ehrensalut, daß es kracht! Es heißt, daß Deutschland noch nicht verloren ist, denn das große Erbe der Barrikadenkämpfer wird von der bürgerlichen Sozialdemokratie nicht nur in Ehren gehalten, sondern das revolutionäre Mandat von Anno 48 wird auch von ihr „vollstreckt“ werden. Nur — sagt der Reaktantler — zukünftig wird mans klüger machen müssen, denn die Geschichte ging damals schief, weil die Volksbewaffnung nicht durchgeführt, das stehende Heer nicht abgegriffen wurde, so daß die „Reaktion“ wieder stärker wurde. Und Rosa Luxemburg hat in der „Neuen Welt“ in erfrischender Deutlichkeit gesagt, daß es der Hauptfehler von 1848 war, daß das feige Bürgerium, nachdem das Militär „durch das bewaffnete Volk besiegt“ war, mit der Reaktion getuschelt habe. Die Sozialdemokraten aber würden anders zu kämpfen wissen. Sie sagt immer „auftritteln“, und die schlaunen Redegewissen sagen lieber „auflären“, wenn sie Hintertreife als passive Resistenz oder ihr „Schließen“ nach der anderen Seite meinen . . .

Deutsches Reich.

Zur Novelle eines Besoldungsgesetzes.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages erklärte der Weiterberatung der Novelle eines Besoldungsgesetzes Reichsminister Frick, daß die Regierung mühe es ablesen, auf die Anregungen und Anträge einzugehen, die eine erhebliche materielle Änderung der Vorlage bedeuteten. Das gelte besonders von den Anträgen betreffend die Aufhebung der höheren Beamten, die einen bedeutenden Einbruch in die Besoldungsordnung darstellen. — Staatssekretär Frick schloß sich dieser Erklärung an und meinte, es sei besser, durch eine Vermehrung im Etat helfen einzugreifen. — Weiterhin wurde in der Budgetkommission der Kompromißantrag zum § 5

abgelehnt, weil die bürgerlichen Parteien sich spalteten; ebenso § 6 der Vorlage. Es bleiben also die nichtspaltungsfähigen Zusätze neben dem erhöhten Gehalt bestehen. § 6 der Vorlage, der das Besoldungsdifferential regelt, wurde mit einem weniger bedeutenden Zusatz angenommen, ebenso der Rest der Vorlage unverändert. Damit ist die erste Lesung der Besoldungsnovelle beendet.

Gedächtnis einer Reihe kleiner Vorklagen im Bundesrat.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurden den zuständigen Ausschüssen überwiegen der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend den Betrieb der Anlagen der Großelektroindustrie, die Vorlage betreffend Nachträge zu den Bestimmungen über den Krankentafeln und die Entwürfe zu den Bestimmungen über das Hausgeld der Reichsgebiete für das Rechnungsjahr 1914. Dem vom Reichstage angenommenen Entwurf eines Reichsbeschlusses wurde zugestimmt. Zur Annahme gelangten die Vorlagen betreffend Abänderungen der Grundzüge über die Befreiung von Stellen mit Militärämtern, der internationale Vertrag zum Schutze des menschlichen Lebens auf See, die Vorlage betreffend ein Abkommen mit Frankreich über den Verkehr mit Branntwein über die deutsch-französische Grenze, die Vorlage betreffend Gebührenbefreiung für die einführenden Postbriefe, der Entwurf eines Gesetzes über die Verlegung der deutsch-russischen Landesgrenze vom Melmelstrom bis zum Wjessflus, sowie der dritte Nachtrag zum Reichshaushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1913.

Eine beachtenswerte Rede Dr. Eydous

Bei dem Festmahl des Deutschen Handels-tages hielt der preussische Minister für Handel und Gewerbe Eydous eine beachtenswerte Rede, aus der wir folgende Stellen hervorheben:

„Der Handel ist der Lebensnerv des Staates, das die Gestaltung eines Landes in der Welt von dem wirtschaftlichen Einfluß abhängt, den es in der Weltwirtschaft ausübt. Der politische Weltkampf wird nur noch im äußersten Falle durch Heer und Flotte, für gewöhnlich wird er auf unblutigem Wege ausgetragen. Damit der erfolgreiche Entwicklung von Handel und Gewerbe ist Deutschland auf dem Wege, ein Glaubigerstaat zu werden und in der Lage, nach Befriedigung des Inlandbedarfes nach Außen an das Ausland zu gehen. Wer dies vermag, eröffnet damit zugleich seinen Kaufleuten und seinen Industriellen den Zutritt zu den befeindeten Ländern und hält den Schuldner an goldener Kette. So werden Handel und Industrie eines Landes zu Vermittlern und Förderern seiner politischen Macht.“

Auch aus diesem Grunde haben die Regierungen ein dringendes Interesse, daß Handel und Gewerbe blühen und gedeihen und daß ihre Gleichberechtigung mit der älteren Schicht der Landwirtschaft allgemein anerkannt wird. . . . Darauf beruht denn in letzter Linie die größere Macht, mit der die landwirtschaftlichen Interessen sich in der öffentlichen Meinung durchsetzen, als die von Industrie und Handel. Darin, daß die Landwirtschaft einseitig und geschlossen auftritt, daß sie die Interessenengasse, die es auch bei ihr gibt, zu zwischen großen und kleinen Grundbesitz, zurückweisen und das Gemeinwohl allein in den Vordergrund zu bringen verstanden hat. Daran aber fehlt es im Handel und Gewerbe noch sehr: wohl sind hier die Interessenengasse, welche mannigfaltig als innerhalb der Landwirtschaft. Aber es ist doch nicht nötig, sie so tiefen wirtschaftlichen Fragen die Industrie der Selbstständigkeit und die der fertigen Waren, der Großhandel und der Kleinhandel, die Industrie und das Handwerk, der Handel und die Industrie in Gruppen auseinanderfallen, die sich oft bekämpfen, und daß die Wirtschaft, alle zu gemeinsamer Aktion zusammenzufassen, entgegen, wie noch die letzten Jahren wieder gezeigt haben, von Unbegreiflichem scheitern aber sich auf die Dauer als unmöglich erweisen.“

Die Schiffarmachung des Rheins von Basel bis Konstanz in der badischen Kammer.

In der gestrigen Sitzung der Zweiten badischen Kammer erklärte der Minister des Innern Freiherr v. Bodmann auf eine Interpellation betreffend die Schiffarmachung des Oberheins: Wir sind nicht allein in der Lage, die Rheinregulierung durchzuführen. Wir befinden uns noch im Stadium der Studien, ob das Unternehmen wirtschaftlich rentabel sein wird. Gewiß würden die Eisenbahnen große Verluste erleiden. Der Wettbewerb für die Schiffarmachung des Rheins von Basel bis Konstanz ist ausgeschrieben. Voraussetzung ist natürlich die Schiffarmachung der Strecke Straßburg-Basel. Der Rheinregulierung steht die eisenbahnrechtliche Regierung nicht imminenz gegenüber, da eine Schiffarmachung der badischsteinsten Straßburgs befürwortet wird. Wir können aber keinen Bann für den Großschiffbau heimgen, wenn er in Basel enden soll; er muß vielmehr bis Konstanz durchgeführt werden. Ferner muß die Schweiz zu den Kosten beitragen, auch für die Strecke Basel-Straßburg, da die Schweiz dann direkt mit der Nordsee verbunden sein wird. Wesentlich ist, daß Holland zu den Schiffarmachungen seine Zustimmung gibt. Die Einwirkung auf die eisenbahnrechtliche Regierung steht uns nicht zu. Wir haben für die Regulierung des Rheins bis Straßburg große Arbeit ge-

bracht; obwohl die Befürwortung nothwendig, das Mannheimer Verfehr darunter leiden würde, haben wir unsere Sonderinteressen zurückgestellt. Wir dürfen deshalb erwarten, daß auch Elsaß-Lothringen uns gegenüber freundlich handelt. Der Bau einer Wasserstraße bis Konstanz ist nach Ansicht der Techniker ausführbar. Die Schiffarmachung des Rheins von Basel bis Basel würde 105 Millionen kosten, wobei 50 Millionen auf die Schiffarmachung und 55 Millionen auf die Anlage von Wasserkraftwerken entfallen. In der an die Regierungserklärung sich anschließenden Debatte erklärten sämtliche Parteien, daß die Schiffarmachung des Rheins bis Konstanz und die Erzielung der Wasserstraße mit allen Mitteln zu fördern sei.

Parteiung der Welfen.

Unter dem Vorhild des Oberamtsrats v. Oerchen (Lettin) trat am 18. März im Architektenhaus in Berlin die Deutsche Reichspartei zu ihrem Parteitag zusammen. Der Vorsitzende betonte, daß die Tagung in Berlin weder produziert noch imponieren sollte, sie wolle lediglich an die Macht des in Gott hingelassenen Rechts erinnern. Im Anblich an die Mitteilung, daß dem Herzogthum von Preußen ein Sohn geboren worden sei, brach der Vorsitzende ein Gedächtnispaar aus. Als erster Redner sprach dann Reichsminister Martin (Haffel) die Schuld an den gegenwärtigen Zuständen auf die Welfen von 1806. Wenn Bismarck und die preussischen Konterweiber genötigt hätten, nach 1806 die von ihnen losgelassenen revolutionären Geister wieder festzuhalten, so sei das ein verhängnisvoller Irrtum gewesen. Schon nach wenigen Jahren sei es zur Welfenregime der Privatregimente der entkommenen Fürsten für preussische Zwecke gekommen. Der Redner der preussischen Welfen habe es damals ganz offen ausgesprochen, daß die preussische Regierung über juristische Zwangsmaßnahmen nicht verfügen werde. Diese Zwangsmaßnahmen seien die bisher allgemein für heilig gehaltenen Grundzüge über das Privatregiment gewesen. Das deutsche Volk hätte sich eine bedeutende Staatsveränderung herbeigeführt und an Stelle des Sages „Friede, fromm, frohlich, frei“ sei der Spruch „Friede, still, fleiß, froh“ getreten. In diese nationalen und konfessionellen Kreise hätten das Bewußtsein für wahren Volkswohl verloren und ließen immer wieder der Revolution zu. In Brandenburg habe das Recht in endlich gestiftet, aber nicht der Person eine andere Frau genommen hätte als die Tochter des deutschen Kaisers, dann hätte er vielleicht noch lange warten können. Der Redner schloß: Inmitten im Kampfe um das Recht, der Sieg ist endlich doch unser! Reichsminister v. Tschammer sprach über den Zustand des Deutschen Reiches. Mehrere Mitglieder die Stellung Deutschlands inmitten der Nachbar- und Welfen, daß das Reich außer Österreich keinen außerordentlichen Freund habe. Das Deutsche Reich sei nur ein Groß-Preußen, die politischen Parteien seien Interessenvertretungen geworden. Das materielle Reich werde durch die Anwesenheit der Konfessionellen gebildet, die den preussischen Thron hätten wollen, aber andere Throne fürzten. Eine Aufspaltung des Reiches in liberalen Sinne sei nötig. Dadurch werde auch die Angst der Heinen Reichsbürger in Vertrauen umgewandelt werden. Dann könnten Deutschland und Österreich die Zentralmacht eines mitteleuropäischen Völker- und Friedensbundes werden. Der Verfallung lag eine Entschleunigung vor, in der es u. a. heißt: „Die Deutsche Reichspartei beehrt auf ihrem, in der Begründung unüberwindlichem Protest gegen das Unrecht, daß durch Bundesgesetz die deutsche Reichsbürgerschaft zerstückelt werden, um freie urtheilfähige Völkern dem deutschen Reich einzuverleiben, und daß gleichzeitig bei der Trennung von Österreich aller und jeder staatsrechtliche Zusammenhang mit ihm zerfallen wurde. Die Deutsche Reichspartei ist keineswegs ein Gegner des jetzigen deutschen Reiches, noch weniger will sie ihm eine Befreiung, die es erreicht hat, mehr seine Freiheit und Ausgestaltung zu einem wahren Reiche deutscher Nation mit einer in sich geliebten Reichsgemeinschaft. — In der Hinsprache betonte der bekannte Welfenführer v. Schöelle, daß die Entschleunigung über Krieg und Frieden nicht von Ausland abhängen, sondern von England, und daß eine Verständigung mit England nur möglich sei auf Grund des Reichsstandpunktes. — Die Entschleunigung wurde nach weiterer Aussprache angenommen und dem Vorstand anheimgestellt, ob er in den betreffenden Körperschaften übermitteln wolle.“

Das „Berliner Tageblatt“ in der Zweiten sächsischen Kammer.

In der Zweiten sächsischen Kammer gelangten am 17. März der konervative Antrag zur Beratung, den Verkauf des „Berliner Tageblatts“ auf den sächsischen Bahnhöfen zu verbieten. Der Antrag beruht nach dem Bericht der nationalliberalen „Leipziger Verkehrs Nachrichten“ der Abgeordnete Scharf über Frick, der vorgeschlagen, wirkungsvoll und unter Herbeiführung der maßgebenden Gesichtspunkte. Der Finanzminister von Seydewitz erklärte, die Regierung habe seinerzeit dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt, daß bei einer Wiederholung solcher Verleumdungen, wie das Blatt sie gegen das sächsische Königsbaus und Volk gerichtet hat, ein dauerndes Verkaufsverbot auf den Bahnhöfen eintreten würde; jetzt liege aber keine (?) Veranlassung dazu vor. Die Nationalliberalen ließen durch den Abgeordneten Scharf an erklären, daß sie mit äußerster Entschiedenheit die Angriffe des „Berliner Tageblatts“ zurückweisen; auch der freikonservative Abgeordnete Gieseler sprach eine scharfe Mißbilligung gegen das „Berliner Tageblatt“ aus, wenn er es auch in anderer Beziehung in Schutz zu nehmen suchte. Rückhaltlose Unterstützung fand das Blatt nur bei der Sozialdemokratie; der sozialdemokratische Abgeordnete Fischer holte sich durch einen beleidigenden Widerspruch gegen den

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 19. März 1914.

Am Bundesratspräsidenten Dr. Solf, Braunschweigischer Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat Wobren. Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 28 Minuten mit folgenden Worten:

Die Jüden allen bekannt, ist die einzige Tochter unserer Kaiserpaare, die Frau Herzogin von Braunschweig und Lüneburg, getrennt von einem Prinzen erkrankt worden. Die Abgeordneten mit Ausnahme der Sozialdemokraten haben sich erhoben. Ich bitte um die Ermächtigung Seiner Majestät dem Kaiser, Ihrer Majestät der Kaiserin und dem Herzoglichen Paare von Braunschweig die Glückwünsche des Reichstags auszusprechen zu dürfen. (Beifall. Mehrfach Weisfall.) Hierauf wurde die zweite Beratung des Kolonialetats (Diatra) fortgesetzt.

Abg. Erzberger (Str.): Von allen Behauptungen, die über die schlechte Behandlung der Eingeborenen auf den Plantagen gemacht worden, nehme ich kein Wort an. Die Befähigung der Eingeborenen erfolgt in den allermeisten Fällen ordnungsmäßig; ordnungsmäßige Lohnbücher sind so gut wie gar nicht vorhanden. Was ich über die Verhältnisse gesagt habe, hat schon 1908 Staatssekretär Dernburg bestätigt, als er sich dahin äußerte, daß die Situation der Behörden in Diatira durch die fortgesetzten Forderungen der Arbeiter und Farmer erschwert würde. Fast wörtlich bringt die Regierung die gleichen Klagen vor. In diesem Zusammenhang sind die Projekte der Diatiraner, als hätte ich unüberhörbare Behauptungen aufgestellt, überhaupt nicht zu verfechten. Dernburg hat auch ausdrücklich durch diese Verhältnisse sehr leicht zu konstatieren zwischen Eingeborenen, Polizei und Soldaten kommen könnte. Wie steht es mit dem Grundsatz des selbstvertretenden Gouverneurs v. Wrochem

vom Jahre 1893, der den Reichstag als „gemischte Gesellschaft“ und „Motte“ bezeichnet? Ist dieser Grundsatz noch in Geltung? Herr v. Wrochem hat die Eingeborenen und Fremden, die ihn nicht kannten, in unerhörter Weise angefahren, hat verlangt, daß sie aufstehen und strenge Sanktionen annehmen. Auf diese Verhandlungen wurden bestraft. Dieser Grundsatz hat damit zu internationalen Verwicklungen geführt.

Staatssekretär Dr. Solf: Der Grundsatz des Herrn v. Wrochem ist nicht mehr in Geltung. (Wabro.) Was die Schule in Wilhelmstal anlangt, deren Gründung Dr. Trendt wünschte, so kommen 27 Kinder in Frage, für die Schulgebäude und Pension errichtet werden müßten. Das würde pro Kopf einen Zuschuß von 500 Mark ausmachen, und diese Kosten kann die Regierung nicht übernehmen. Aber den Hofen von Dar es Salam wird gegenwärtig ein neues Projekt ausgearbeitet, das alsbald als Vorlage an den Reichstag kommen dürfte. Die Dienstperiode in den Schutzgebieten können wir nicht allgemein verlängern, für Südwestsafrika wird es vielleicht allmählich dazu kommen können. Nun das schwierige Gebiet der Hausflaverei.

Als wir Diatira erwarben, bestand dort der schiefste Sklavenraub und Sklavenhandel. Das ist vollständig von uns beseitigt worden. Kommen sie noch vor, so stehen schwere Strafen darauf, eventuell Todesstrafe. Es bestehen allezeit Verordnungen gegen den Handel mit Sklaven. Der Sklave muß ein neues Projekt ausgearbeitet, das alsbald als Vorlage an den Reichstag kommen dürfte. Die Dienstperiode in den Schutzgebieten können wir nicht allgemein verlängern, für Südwestsafrika wird es vielleicht allmählich dazu kommen können. Nun das schwierige Gebiet der Hausflaverei.

Abg. Reimach (Noll.): Ein plötzliches Verbot der Hausflaverei läßt sich nicht befürworten, die Bedingungen müssen fortgesetzt erwidert werden, so daß die Hausflaverei allmählich verdrängt werden. Die Währungsfrage muß nochmals geprüft werden, da wir durch die Konjunkturlagen zu einem leistungsfähigeren Handel mit Westafrika kommen dürften. Eine Konjunkturabhängigkeit zu der englischen Linie bis zum Viktoriensee wäre ein verfehltes Unternehmen. Die Nordbahn muß langsam vorgehoben und Seitenbahnen zur Rangabstufung gebaut werden. Die Bahn mag den Handel des Kongogebietes auf die Achse bringen und so an der wirtschaftlichen Erhebung Zentralafrikas für die deutschen Interessen mitwirken. (Beifall.)

Abg. Bruchhoff-Hillmann (Fortstr. Wt.): Die Ausbildung der Koloniallehrer auf dem Orientalischen Seminar genügt nicht; sie müssen an Ort und Stelle herangebildet und ihre spätere Verwendung im Heimatlande muß geregelt werden. In der Werbung müßten die Lehrer mindestens mit den Verwaltungsfachleuten gleichgestellt werden. Auch die Kreisinspektoren in den Kolonien müssen in ihrer Stellung gefördert werden.

Abg. Rostke (Sog.): Auf die Annahme des Herrn v. Wrochem gegen den Reichstag will ich nicht eingehen, es hieße dies, dem unangenehmen Mantel der Schuld zu viel Ehre antun. Der Reichstag steht viel zu hoch, als daß er durch solche Annahme beleidigt werden könnte. Wie denkt sich der Staatssekretär in Zukunft die bessere Ausgestaltung des Schulwesens in Afrika? Ich hoffe, daß im nächsten Jahre für diese Zwecke größere Summen im Etat angefordert werden. Mit der künftigen Organisation der Hausflaverei darf man nicht zögern. Nicht empört, daß die unteren Kolonien in Afrika nach 25 Jahren deutscher Herrschaft immer noch Menschen wie ein Stück Vieh behandelt werden.

Damit ist doch die Diskussion; das Gehalt des Gouverneurs wurde bemittelt und die zu diesem Ziel vorliegenden Resolutionen betreffend Befähigung der Hausflaverei bis zum Jahre 1920 und betreffend eine alljährliche Übersicht über den Wechsel in den Verhältnissen der Plantagen angenommen. Die Hauptleiste des Etats wurden nach den Beschüssen der Subkommission erledigt.

Beim außerordentlichen Etat trat Abg. Dr. Trendt (Noll.) für Erweiterung der Eigt. Bahn einer Zweiglinie der Ulmbardbahn ein. Der Rest des Etats wurde nach den Beschüssen der Kommission bewilligt. Es folgte der Etat für Südwestsafrika mit den Nachtragsrats. Abg. Sog (Sog.): Die ursprünglichen Vorwürfe gegen die Diamantenpolitik der Regierung, gegen die Art, wie die Diamanten in den Handel gebracht wurden, mußte die Kolonialverwaltung schließlich anerkennen, die Abmachungen mit den Antwerpener Großhändlern abändern und im vorigen Jahre erstmalig die Vergebung der Diamantenente öffentlich auszusprechen. Auch das ist noch nicht ausreißend, die Ergebnisse des letzten Jahres zeigen, daß viele, viele Millionen zum Schaden des Reichs und der deutschen Förderer, an die Diamanteninteressenten verloren gegangen sind. Dafür ist die Kolonialverwaltung verantwortlich zu machen. Dem Reichsdrud auf dem Diamantenmarkt muß vorgebeugt werden. Neben den Diamantenförderern sind auch die Zurechsen der Diamantenhändler, Schleifereibesitzer, und Arbeiter zu berücksichtigen. In die Diamantenregie müssen auch Vertreter der Diamantenarbeiter herauf werden. Ein Preisnachlaß sollte nur denjenigen Diamantenschleifereien zuerkannt werden, die den Diamantenarbeitern die tarifmäßigen Löhne zahlen. Warum hat die Kolonialverwaltung nicht auch der Budgetkommission mitgeteilt, was das Antwerpener Syndikat vorgeht, das von einer unbedingten Abnahme des ganzen geförderten Quantums Abstand genommen wurde. Dadurch sind die deutschen Interessen außerordentlich gefährdet worden. Wenn zu Anfang des nächsten Jahres die Verhältnisse neu geregelt werden, muß etwas Besseres geschaffen werden. Die Verhandlungen mit dem Reichstag.

(Große Unruhe bei den Sog.) Abg. Sog hat behauptet, ich hätte gebuhlet, das betrügerische Manipulationen in der mit unterfertigten Regie vorgekommen seien, der Ausschicht hätte seine Hände in unjauberen Geschäft geholt. Das jagte er, trotzdem ich in der Kommission das Entgegengelegte ausgeführt habe. Auf die Anschuldigungen des Abg. Sog werde ich nicht mehr antworten. (Wabro.) Ich hätte sie für unmöglich gehalten, nachdem wir gemeinsam die Zurechsen der Schleifer gefördert haben. Wie stehen jetzt vor dem Abschluß eines sehr wichtigen Geschäftes, an dem Förderer und Fiskus Anteil haben. Auf Einzelheiten kann ich hier nicht eingehen, ich habe das Nötige in der Budgetkommission auseinandergesetzt. Die Kommission hat sich überzeugen lassen, daß die Regierung auf dem richtigen Wege ist. Ich gebe dem Abg. Sog zu, daß ich mit den Förderern einen sehr harten Kampf gehabt habe; wir haben uns jetzt verteidigt; wir haben den Weg gefunden, den der Abg. Sog für wünschenswert gehalten hat, er hat also offene Türen eingeworfen. Wir wollen auch einen Schleifer in die Regie hineinnehmen, konnten uns aber über die Person nicht einigen. Mehr möchte ich jetzt nicht sagen, da ich noch unter dem Eindruck der außerordentlich beleidigenden Rede des Abg. Sog stehe.

Abg. Erzberger (Str.): Die Diamantenfrage stellt das wirtschaftliche Rückgrat des Etats von Südwestsafrika dar. Das Kolonialamt und die Diamantenförderer sind auf dem besten Wege, sich zu verständigen. Ich glaube auch, daß die Diamantenregie, wie sie jetzt eingerichtet ist, die beste Grundlage für eine solche Verständigung bieten wird. Es ist nicht der ganz erheblichen Eintragung eines aus der Diamantenerhebung hat die Kommission einen Ausweg gefunden, in dem sie für 1915 die Kosten für Schutztruppe und Polizei auf Reich und Schutzgebiet im Verhältnis von zwei zu eins verteilt wissen will. Den geforderten Wohnbauten stimmen wir zu. Um den Schaden einigermaßen wieder gutzumachen, der dem Reiche durch die Gesellschaften entfallen ist, wäre die Einführung einer progressiven Einkommen- und Vermögenssteuer anzuraten. Dabei sollen natürlich lediglich die Spekulationsgewinne getroffen werden. Staatssekretär Dr. Solf: Der Präsident hat mir das Stenogramm der Rede des Abg. Sog gegeben und mich darauf aufmerksam gemacht, daß derjenige Passus, der mich zu dem Ausdruck der Verleumdung veranlaßt hat, in hypothetischer Form gemacht worden ist. Ich hatte aber den Eindruck, auch aus der ganzen Rede, daß diese Worte positiv gemeint wären. Da aber hier der objektive Tatbestand entscheidet, kann ich das Wort Verleumdung nicht aufrecht erhalten.

Abg. Waldheim (Fortstr. Wt.): Der Auffassung, als ob der Reichstag nicht der Ansicht gewesen sei, daß die Bankrechen lediglich in ungenügender Weise die Regiegeschäfte beforworten, muß mit Nachdruck entgegengetreten werden. Wir wollen weder eine einseitige Eingeborenen- noch eine einseitige Kapitalistenpolitik treiben, sondern eine deutsche Kulturpolitik.

Bevor ich das Haus verläßt, wird ein Kauf der Sitzung eingegangener Nachtragsetat für 1913 ohne Debatte an die Budgetkommission verwiesen. Verlesung eines Abg. Sog (Sog.) auch die Darstellung des Staatssekretärs zurück, als ob er, wenn auch nur hypothetisch, ihm eine schmutzige Handlungsvorteil vorgeworfen habe. Im Gegenteil habe er seine Überzeugung ausgedrückt, daß die Verwaltung unmöglich zu solchen Manipulationen die Hand haben könnte. Hätte er um Entschuldigung zu bitten, so hätte er sicherlich nicht den Auftrag gehabt, den der Staatssekretär genommen habe.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. Weiterberatung; vorher kurze Anfragen. Schluß 6 1/2 Uhr.

Mundstift wurde der Abgeordnete Kronjohn (Fortstr. Wt.) zum Mitgliede der Staatsstudentenkommission wiedergebühlt. Die zweite Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung wurde beim Extraordinarium fortgesetzt.

Abg. Wittrock-Jensburg (Fortstr. Wt.) wünschte, daß die Umgestaltung der Bahnanlagen in und bei Hiesburg in kürzesterem Tempo erfolgen möge. Ministerialdirektor Dörner sagte möglichst schnelle Abhilfe der Mängel zu.

Auf verschiedentlich vorgebrachte Wünsche nach Sinauslegung des Rangierbahnhofs Tempelhof außerhalb der Beriberie von Grobberlin im Interesse der Bewohner der südlichen Vororte erklärte Ministerialdirektor Dörner eine derartige Sinauslegung aus verkehrstechnischen Gründen für nicht möglich. Es wurden eine Reihe von Einzelwünschen vorgebracht, für die Ministerialdirektor Dörner möglichst Berücksichtigung zusagte.

Il. a. trat Abg. Deier (Wt.) für eine Erweiterung des Haupt- und Hilfsbahnhofs in Frankfurt a. M. ein. Eisenbahnminister v. Breitenbach: Der Vortwurf des Herrn Vorkreuzers, die Eisenbahnverwaltung hätte den Gang der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht genügend berücksichtigt, trifft nicht zu. Augenblicklich sind wir damit beschäftigt, den Hauptbahnhof in Frankfurt a. M. dem gefolgerten Verkehr anzupassen.

Damit war der Etat der Eisenbahnverwaltung erledigt. Es folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfs über Teilung land- oder forstwirtschaftlicher Besitzungen (Grundbesitzgesetz). In Verbindung damit wurden beraten Anträge der Freirepublikanten und Nationalliberalen, betr. Erhebungen über die Beschäftigung des ländlichen Grundbesitzes im Interesse der Erhaltung des Bauernstandes, Anträge der Abg. Ester-Winien (natlib.) und Genossen auf Annahme von Gesetzentwürfen, betr. Anriedelung von Landarbeitern und Schaffung von Almosen in den Provinzen Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein und Hannover, betr. Förderung der inneren Kolonisation durch provinziale Anstaltungsgesellschaften in denselben Provinzen, und betr. Schaffung von Klein- und mittelbäuerlichen Betrieben, sowie ein Antrag der Abg. Kronjohn (Fortstr. Wt.) und Genossen auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betr. Förderung der inneren Kolonisation im Königreich Preußen.

Landwirtschaftsminister Freih. von Schorlemer: Ich habe bereits im vorigen Jahre darauf hingewiesen, daß es sich bei der inneren Kolonisation nicht so sehr um Aufteilung des großen Grundbesitzes handelt, sondern vielmehr darum, die richtige Mischung von großem, mittlerem und kleinem Besitz zu finden. Der Förderung der inneren Kolonisation, der Anziehung von Bauern und Arbeitern, soll der vorliegende Gesetzentwurf in erster Linie dienen. Er soll die Hindernisse, die sich bisher dabei geltend gemacht haben, beseitigen. Nach der Vorlage bedarf die gewerbsmäßige Beschäftigung von Gütern der Genehmigung des Regierungspräsidenten. Dabei soll der Grundbesitz nicht getroffen werden, sondern nur der Grundbesitz, der die Grundbesitzbesetzung. Der Entwurf richtet sich gegen die Konkurrenz, welche den staatlichen und gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften durch bezahlte Güterhändler bereit wird, und vor allem gegen die Anziehung von Kolonisten, welche durch die auferlegten Kosten als existenzfähig nicht bezeichnet werden können. Die Zahl der Grundstücksbesitzer soll verringert werden. Die ungenügend befriedigten Grundbesitzer sollen durch Befreiung des Grundbesitzes auf ein gelundenes Maß zurückgeführt werden. Die Bestimmungen über das Wirtschaftlichkeitsgesetz des Säuerers hat in Bayern sehr günstig gewirkt und ganz wesentlich dazu beigetragen, den Güterhandel zurückzuführen. Das

Vorkaufsrecht des Staates soll in erster Linie dazu dienen, den für die innere Kolonisation erforderlichen Landbedarf sicherzustellen. Der bodenständige Grundbesitz bleibt davon unberührt. Hervorragende Nationalökonomien haben sich für das Vorkaufsrecht ausgesprochen. Ich hoffe, daß der Entwurf in der Kommission eine solche Gewähr antunnt, daß die innere Kolonisation sowohl in nationaler als auch in wirtschaftlicher Hinsicht durch ihn gefördert werden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. von Kries (Kon.): Ich beantrage Überweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Die Entlohnung des Platten Landes hat einen so bedenklichen Grad erreicht, daß durchgreifende Abhilfe geschaffen werden muß. Die Frage der inneren Kolonisation ist von großer nationaler Bedeutung, daß sie aus dem Streit der Parteien herausgehoben werden muß. Wir halten es für richtig, die Geschäfte der gewerbsmäßigen Parzellanten der Genehmigung der Behörden zu unterstellen. Ein angemessener Beschäftigung der Güter würde den Zielen der inneren Kolonisation entgegenwirken. Gegen das Vorkaufsrecht des Staates haben wir starke Bedenken. Es bedeutet einen so starken Eingriff in das Grundeigentum, daß wir aus grundsätzlichen Erwägungen heraus für das Vorkaufsrecht in dieser Form nicht stimmen werden. Es wäre zu wünschen, daß die Parteien des Saues sich über den Entwurf einigen, damit unsere innere Kolonisation auf eine gesunde Grundlage gestellt wird. (Beifall rechts.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vertagt. Schluß 4 1/2 Uhr.

Die Verunreinigung der Flüsse im Kreise Merseburg.

Zu dieser Frage hat der Herr Abgeordnete Wandler in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. März ausführlich Stellung genommen. Bei der großen Bedeutung, welche die Angelegenheit nicht nur für den Kreis Merseburg, sondern auch für den Saalkreis und die Stadt Halle hat, glauben wir im Interesse unserer Leser zu handeln, wenn wir den stenographischen Bericht folgen lassen: Oefer, Reichstagsrat (Fortstr. Wt.): Meine Herren, bei Titel 14 ist in der Budgetkommission eine Anfrage erfolgt mit

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 19. März 1914. Am Ministerische: von Weidenbach. Präsident Dr. Graf von Schwerin-Löwis eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Erklärungen zum Etatsertrag. Bei der Fortsetzung der Kurven angeben. Stimmliche Indikatoren, Bank- und Kassenkonten. Der Differenzbetrag wird erst nach der Generalkonferenz bekannt. Unvollständige Konten, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungskassen und Grundbesitz werden ebenfalls bei den Zahlen in Mark pro Stück, nachstehende Figuren in Prozenten notiert.

